

## Starthilfe mit Klimaschutz

In der Corona-Krise wird kaum geflogen. Nun fordern die Airlines Milliarden an staatlichen Rettungsgeldern. Greenpeace hat die Zahlen.

Nach einem langen wirtschaftlichen Höhenflug liegt die Flugindustrie nun am Boden. Die Corona-Krise trifft die Branche hart: Über 90 Prozent der europäischen Flüge wurden zuletzt gestrichen. Nun verhandeln europäischen Fluggesellschaften wie Air France, Easy Jet und Finnair über staatliche Rettungspakete: Rund 13 Milliarden Euro an Krediten, staatlichen Beteiligungen und Zuschüssen fordern sie bisher – und der Zähler läuft weiter.

Greenpeace veröffentlicht heute zusammen mit den belgischen Organisationen Transport & Environment und Carbon Market Watch [eine Übersicht zu gewährten und gewünschten Staatshilfen für Airlines](#) und fordert, diese an verbindliche Auflagen für mehr Klimaschutz zu knüpfen. „Ein mit Steuermilliarden finanzierter Neustart von Fluggesellschaften muss auch den Klimaschutz voranbringen“, sagt Benjamin Stephan, Verkehrsexperte von Greenpeace.

### Ein „weiter wie bisher“ darf es im Flugverkehr nicht geben

Die Debatte um „Flugscham“ und die Flugindustrie als Treiber der Erderhitzung liegt erst wenige Monate zurück, vor dem Ausbruch der weltweiten Covid-19-Pandemie. Dennoch stieg die Zahl der Fluggäste um 26 Prozent in den vergangenen fünf Jahren, mit einem Nettogewinn von rund 33 Milliarden Euro für die 20 größten europäischen Fluggesellschaften. Denn Fortbewegung via Flugzeug wird massiv steuerlich gefördert: Milliarden schwere Steuervorteile und Subventionen ermöglichen günstige Flugtickets, die die Folgen für die Erderhitzung nicht einpreisen. Allein in Deutschland beläuft sich die steuerliche Subventionierung von Kerosin jährlich auf rund acht Milliarden Euro.

Nach Vorstellungen des Lufthansa-Vorstandes sollen Kapitalerhöhungen in der Corona-Krise bedingungslos gewährt und als stille staatlichen Beteiligung selbst verwaltet werden können. Greenpeace fordert, dass börsennotierte Konzerne staatliche Hilfen nur in Anspruch nehmen können, wenn sie die Zahlung von Dividenden und Managerboni aussetzen. Die Krise darf zudem nicht als Vorwand für Personalabbau genutzt werden. „Fluggesellschaften können nicht weiter ungerührt Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren“, so Stephan. „Ein weiter wie bisher darf es trotz Pandemie in der fortschreitenden Klimakrise nicht geben. Die Fluglinien müssen ihren rasant steigenden CO<sub>2</sub>-Ausstoß bändigen, etwa indem sie einen festen Anteil saubere Kraftstoffe beimischen und Inlandsflüge dauerhaft einstellen.“

### Keine klimaschädlichen innerdeutschen Flüge

Nach [Auffassung von Greenpeace](#) müssen die geplanten staatlichen Starthilfen für Fluglinien mithelfen, die Klimabilanz des Verkehrssektors insgesamt zu verbessern: Dazu zählen Investition in ein europaweites Netz von besseren Tag- und Nachtzügen, Fähren und öffentlichen Verkehrsmitteln, um Kurzstreckenflüge überflüssig zu machen. Innerdeutsche Flüge sollten verboten werden. Jetzt bietet sich die zudem die Chance, in die Herstellung sauberen, strombasierten Kerosins zu investieren.